

NIEDERSCHRIFT

über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (16) und des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt (42) am Dienstag, 18.02.2020

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:43 Uhr
Tagungsort: Ratssaal, Rathaus, Stadtmarkt 3-6, 38300 Wolfenbüttel

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Thomas Pink

Ausschussvorsitzender

Herr Uwe Kiehne

Stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Gerhard Kanter

Ausschussmitglieder

Herr Stefan Brix

Herr Lutz Kleber

Herr Axel Kohnert

Herr Christian Kraemer

Herr Horst Meyer

-fehlt entschuldigt-
-als Vertreter für Herrn
Christian Kraemer zu TOP 8)-

Herr Volker Müller

Herr Torsten Ohms

Herr Florian Röpke

Herr Dr. Manfred Wolfrum

-als Vertreter für Herrn
Christian Kraemer bis TOP 7)
und ab TOP 9)-

Grundmandatsträger

Herr Pierre Balder

Bürgermitglieder

Herr Andreas Bäumann

Herr Friedrich Christian

Herr Harald Mikat

Herr Thilo Neumann

-fehlt entschuldigt-

weitere Teilnehmer

Herr Horst Luthien

Herr Dierk Maschow

Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Knut Foraita

Herr Stadtrat Thorsten Drahn

Herr Stadtbaurat Ivica Lukanic

Herr Jörn Illemann

Herr Florian Jürgens

Herr Kai Kratschmer

Frau Martina Münstermann-
Kreifels
Herr Frank Niemeyer
Frau Simone Reese
Herr Frank Steffens
Frau Anja Tann

Protokollführer

Herr Matthias Ahl

zusätzlich im öffentlichen Teil:

4 Pressevertreter
58 Zuhörer

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- Punkt 2) Einwohnerfragestunde
- Punkt 3) Informationen
- Punkt 4) Anfragen
- Punkt 5) Kurzvorstellung Fridays for Future Wolfenbüttel
- Punkt 6) Verstärkung der kommunalen Klimapolitik – Resolution zur Klimanotlage
Vorlage: 0016/2020
- Punkt 7) Stadtbuskonzept 2020
Vorlagen: 0214/2019 und 0214/2019/1
- Punkt 8) Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 28.01.2020
- Punkt 9) Information zur geplanten Baumfällung
Vorlage: 0027/2020
- Punkt 10) Resolution der Asse-2-Begleitgruppe zur Beschleunigung der Rückholung des Atommülls aus der Schachtanlage Asse II
Vorlage: 0007/2020
- Punkt 11) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel - F6 "SO Neindorfer Straße"
6. Änderung des Flächennutzungsplanes FNP 2020
hier: Feststellungsbeschluss
Vorlage: 0248/2019
- Punkt 12) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel
BP LE3.1 "SO Neindorfer Straße"
1. Änderung des Bebauungsplanes LE3 "Neindorfer Straße - Böttcherweg"
hier: Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 0021/2020
- Punkt 13) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel
Vorhabenbezogener Bebauungsplan SD 9.2 "Samsonschule", 2. Änderung des Bebauungsplanes SD9 "Klinikum - Neuer Weg"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0012/2020

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Kiehne eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (16) und des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt (42) um 17:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit der Ausschüsse fest.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Kiehne** werden keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung vorgetragen.

Punkt 2) Einwohnerfragestunde

Vorsitzender Kiehne weist die Zuhörer darauf hin, dass nur Einwohner des Stadtgebietes Wolfenbüttel einschließlich der Ortsteile Fragen an den Ausschuss stellen dürfen. Des Weiteren sind nur solche Fragen zu stellen, auf die auch geantwortet werden kann. Die Fragen sind knapp und sachlich zu stellen und es darf maximal eine Zusatzfrage gestellt werden.

Vorsitzender Kiehne weist ebenfalls darauf hin, dass Stellungnahmen nicht erlaubt sind, da es sich um eine Fragestunde und nicht um eine Sprechstunde handelt. Abschließend verweist **Vorsitzender Kiehne** auf § 20 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Wolfenbüttel.

Herr Voges erinnert an seine Frage vor einem Jahr in diesem Ausschuss und fragt an, wann eine Zustandsverbesserung der Fuß- und Radwege im Seeliger Park erfolgen wird.

Herr Steffens bestätigt, dass die Wege bei Trockenheit gut nutzbar sind, dies allerdings bei Regen nicht möglich ist. Im Jahr 2021 soll daher eine Asphaltierung erfolgen, da in diesem Jahr das Außengelände der Kasematten hergestellt werden soll.

Herrn Rogge interessiert, wann das Parkhaus am „Schlossplatz“ fertiggestellt wird.

Bürgermeister Pink verweist auf den Zeitpunkt der Eröffnung, zu welchem dies wahrnehmbar sein wird.

Herr Rogge empfindet diese Aussage als unbefriedigend.

Herr Grossmann schildert seine Bedenken hinsichtlich des geplanten Discounters „Neindorfer Straße“ und möchte wissen, warum nicht mehr Kompensierungsmaßnahmen für die Anwohner erfolgen, was passiert, wenn Lärmwerte überschritten werden und wer die Kosten für das Abpumpen des vermehrten Schichtenwassers trägt.

Stadtbaurat Lukanic bedankt sich für die Fragen, weist aber darauf hin, dass die später zu beschließende Vorlage sehr ausführlich einen Großteil bereits beantwortet. **Stadtbaurat Lukanic** stellt dar, dass alle eingereichten Belange im Verfahren berücksichtigt wurden. Die Gutachten bilden nunmehr die Grundlage der Festsetzungen.

Herr Dr. Stübiger fragt ergänzend nach, ob die Politik darauf hinwirken kann, dass ein verbesserter Lärmschutz errichtet wird.

Vorsitzender Kiehne erläutert, dass die Aufgabe der späteren Beschlussempfehlung ist.

Herr Stübiger möchte wissen, ob nicht zu Gunsten der Anlieger Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden können, welche auch tatsächlich wirken.

Herr Jürgens stellt die bisher geplanten Lärminderungsmaßnahmen dar und erklärt, dass die Verwaltung tendenziell nach den technischen Regelwerken handelt, sofern die Politik keine anderen Festsetzungen beschließt.

Herr Kerst fragt an, warum die Stadt Wolfenbüttel hinsichtlich des Ausrufes des Klimanotstandes für Wolfenbüttel nicht die Bürger sondern die Politik entscheiden lässt.

Bürgermeister Pink weist darauf hin, dass man sich heute am Beginn der Diskussion befindet. Selbstverständlich steht es der Politik offen, die Bürger stärker zu beteiligen. Nach wie vor besteht aber eine repräsentative Demokratie, was bedeutet, dass die Letztentscheidung beim Rat der Stadt Wolfenbüttel liegt, der auch das weitere Verfahren bestimmt, wie z.B. die Beteiligung der Ortsräte.

Herrn Simon interessiert, warum die seinerzeit den Käufern der Grundstücke des „Böttcherweges“ zugesagten Schallschutzmaßnahmen nie umgesetzt wurden.

Bürgermeister Pink und **Stadtbaurat Lukanic** sagen eine entsprechende Überprüfung zu.

Punkt 3) Informationen

Von Seiten der Verwaltung werden keine Informationen vorgetragen.

Punkt 4) Anfragen

Herr Brix fragt an, ob die Ortstafel der Ortseinfahrt Linden aus Wendessen kommend bis zum Rand der tatsächlichen Bebauung versetzt werden kann und ob bereits Zahlen zu dort gemessenen Geschwindigkeiten vorliegen.

Herr Illemann erklärt, dass die Ortstafel dort aufgestellt werden muss, wo der Ort mit seiner Bebauung beidseitig beginnt, weshalb eine Versetzung nicht möglich ist. Hinsichtlich der Geschwindigkeitsmessungen wird **Herr Illemann** mit der Polizei Rücksprache halten; Messungen auf Wunsch des Ortsrates erfolgen an dieser Stelle nicht.

Herr Meyer nimmt Bezug auf seine Anfrage zu dem weiterführenden Weg beim Wendehammer am Ende der „Wichernstraße“ und möchte wissen, ob der Verwaltung mittlerweile neue Informationen hierzu vorliegen.

Vorsitzender Kiehne weist darauf hin, dass die Niederschrift über die vergangene Sitzung eine Protokollantwort hierzu beinhaltet.

Herr Dr. Wolfrum fragt an, wo die Kunden bzw. Patienten des Ärztehauses der AWO parken sollen, wenn die vorhandenen 16 Parkplätze nur Mitarbeitern mit Sonderausweis zur Verfügung gestellt werden und wann die Neugestaltung des Monplaisirteiches erfolgt.

Bürgermeister Pink erläutert, dass es sich um Privatparkplätze der AWO handelt, die mithin regeln kann, wer dort parkberechtigt ist.

Herr Steffens stellt dar, dass für dieses Jahr Mittel für den Monplaisirteich im Haushalt eingestellt sind, allerdings muss dieser noch beschlossen und genehmigt werden.

Punkt 5) Kurzvorstellung Fridays for Future Wolfenbüttel

Vorsitzender Kiehne begrüßt Frau Streckrodt und Herrn Hoops von Fridays for Future Wolfenbüttel und erteilt diesen das Wort.

Frau Streckrodt und **Herr Hoops** bedanken sich bei Bürgermeister Pink für die Möglichkeit, ihre Gruppe und deren Ziele heute in diesem Gremium präsentieren zu dürfen. Anhand einer Präsentation (*siehe Anlage 1 im Ratsinformationssystem*) stellen beide die Anliegen von Fridays for Future Wolfenbüttel vor.

Vorsitzender Kiehne bedankt sich im Namen der beiden Fachausschüsse für den interessanten Vortrag.

Bürgermeister Pink bedankt sich im Namen der Verwaltung und der Politik für das Engagement der beiden Gäste. Er geht davon aus, dass viele der vorgetragenen Punkte intensiv diskutiert werden müssen. Mehrheiten in einer Demokratie lassen sich laut **Bürgermeister Pink** nur durch Überzeugung herstellen, wozu auch der heutige Auftakt auf dem noch anstehenden Weg dienen sollte. Insgesamt sieht **Bürgermeister Pink** die Gruppe auf einem guten Weg und wünscht ihr weiterhin gutes Gelingen und Überzeugungskraft. Abschließend weist **Bürgermeister Pink** ausdrücklich darauf hin, dass er es für unangemessen und arrogant hält, die vorgetragenen Interessen in den Medien als „Aprilscherz“ abzutun und er und die Verwaltung dies nicht mittragen.

Punkt 6) Verstärkung der kommunalen Klimapolitik – Resolution zur Klimanotlage Vorlage: 0016/2020

Herr Kanter bezeichnet den Klimaschutz für die Zukunft als wichtiges Thema für Wolfenbüttel, weshalb er möglichst vielen Bürgern die Beteiligung daran ermöglichen möchte. Da die Ortsteile 1/3 der Bevölkerung Wolfenbüttels darstellen, möchte **Herr Kanter** die Ortsräte an der politischen Diskussion beteiligen, bevor hier in diesem Gremium eine Beschlussempfehlung abgegeben wird. Mithin stellt **Herr Kanter** den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis die Beteiligung der Ortsräte abgeschlossen ist.

Herr Brix würde diesem Antrag zustimmen, da er den Klimaschutz ebenfalls als ein sehr wichtiges Thema ansieht.

Vorsitzender Kiehne stellt für die SPD-Fraktion den Ergänzungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis die Beteiligung der Ortsräte und eine Beratung in den Fraktionen erfolgt ist.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt bei acht Jastimmen und einer Neinstimme mehrheitlich die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt bei einer Enthaltung einstimmig die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Herr Strohbach und **Herr Brix** bemängeln, dass nunmehr heute keine Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen soll.

Herr Brix hält es für ein fatales Signal an die Zuhörer, wenn heute nicht mehr über dieses Thema gesprochen wird.

Herr Strohbach beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten, damit sich die Mandatsträger in dieser Pause informell mit den Zuhörern unterhalten und guten Willen zeigen können.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen lehnt bei vier Jastimmen und fünf Neinstimmen mehrheitlich eine Sitzungsunterbrechung ab.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt lehnt bei drei Jastimmen und sechs Neinstimmen mehrheitlich eine Sitzungsunterbrechung ab.

Vorsitzender Kiehne bittet die Zuhörer darum, die Vertagung nicht als Affront gegen sie zu verstehen, da diese lediglich dazu dient, dass die Diskussion noch breiter und informativer erfolgen kann.

Punkt 7) Stadtbuskonzept 2020
Vorlagen: 0214/2019 und 0214/2019/1

Herr Brix hält es für sinnvoll, das Stadtbuskonzept jetzt zu beschließen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird den Beschlussvorschlag mittragen, stellt jedoch insgesamt drei Anträge hierzu:

1. Der Ersatzbus am Kornmarkt wird ersatzlos gestrichen, da die Kosten i.H.v. 130.000,- Euro sehr hoch sind, man bei mehreren Verspätungen eine Auswahl treffen müsste, welcher Bus ersetzt wird und signalisiert wird, dass man selbst an die Umsetzung des Stadtbuskonzeptes ohne Probleme nicht glaubt.
2. Die Haltestelle „Am Pflingstanger“ wird in die Linienführung 791/792 integriert, da die dortigen Anwohner ansonsten abgehängt werden.
3. Die Verwaltung möge prüfen, ob der Wunsch des Ortsrates Linden, einer Verkehrsführung durch die Innenstadt wirklich sinnvoll ist, da sich Linden hierdurch von einer attraktiven, schnellen Verbindung zum Bahnhof abhängt.

Herr Helwig merkt zu Nr. 1. an, dass -wenn die Straße „Am Pflingstanger“ abgehängt wird- dies für die Ortsteile Adersheim und Leinde ebenfalls zutrifft. Insgesamt hält er die vorgesehene Taktung für ausreichend, weshalb er den beantragten Handlungsbedarf nicht sieht.

Herr Meyer ist der Meinung, dass viel über die Stärkung des ÖPNV geredet wird, dass im Stadtbuskonzept bei näherer Betrachtung allerdings auch immer wieder einige Verbindungen gekappt werden und letztendlich wirtschaftliche Überlegungen durchschlagen. Grundsätzlich wird die AfD-Fraktion dem Stadtbuskonzept zustimmen, sofern die Wünsche der Ortsräte in der Einservorlage Berücksichtigung finden. Abzulehnen sei aber, dass dort, wo bereits Linien gekürzt wurden, auch noch der ALT-Verkehr nicht zugebilligt werden soll.

Herr Meyer stellt für die AfD-Fraktion den Antrag, als Ersatz für eingeschränkte ÖPNV-Verbindungen gegenüber den bisherigen Zuständen, die in der Vorlage 0214/2019/1 abgelehnten ALT-Verbindungen insoweit abzuildern, dass für bestimmte Bevölkerungskreise/für bestimmte Personen, hier insbesondere Menschen älter als 60 Jahre, Behinderte und Kinder unter zehn Jahre mit einer Begleitperson eine ALT-Verbindung unabhängig von Kostenüberlegungen ermöglicht wird.

Herr Balder teilt für die FDP-Fraktion mit, dass diese ebenfalls das Stadtbuskonzept unterstützt, da es viele Verbesserungen gegenüber dem aktuellen Ist-Zustand enthält. **Herr Balder** stellt für die FDP-Fraktion insgesamt drei Anträge, welche er vor Sitzungsbeginn an die Anwesenden ausgeteilt hat (*siehe Anlage 2 im Ratsinformationssystem*).

1. Ersetze die Punkte 8 und 9 durch "8 neu": "Eine ALT-Verbindung von Linden (Haltestelle Ginsterweg) über Wendessen nach Ahlum wird eingerichtet. Der Fahrplan soll einen möglichst reibungslosen Anschluss an die 796neu in Ahlum ermöglichen."
2. Ersetze Punkt 11 durch "Die Empfehlung des Ortsrates Atzum vom 31.01.2020, den Wochenendfahrplan der Linie 740 durch eine ALT-Verbindung auf einen Studentakt zu ergänzen, wird umgesetzt."
3. Füge als neuen Beschluss hinzu: "Die tatsächlichen Nutzungszahlen sämtlicher ALT-Linien im Stadtbussystem werden jährlich pro Linie ausgewertet, den tatsächlich angefallenen Kosten gegenübergestellt und dem Stadtrat zur Verfügung gestellt."

Herr Balder hält den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf ersatzlose Streichung des Ersatzbusses unter dem Kostengesichtspunkt teilweise für nachvollziehbar, empfiehlt aber diesen jetzt erstmal im Stadtbuskonzept beizubehalten und Erfahrungen zu sammeln, wie häufig er zum Einsatz kommt und wie er sich insgesamt auf das System auswirkt. **Herr Balder** betrachtet den Ersatzbus als Teil des aktiven Risikomanagements, welches -insbesondere zur Startphase- für ein reibungsloses Funktionieren sorgen soll.

Herr Kanter teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese -als Ersatz für die weggefallenen Busverbindungen- ebenfalls eine ALT-Verbindung für den Ortsteil Atzum mitträgt. Den Wegfall des Ersatzbusses hält **Herr Kanter** für nicht gut, da er einen wichtigen Bestandteil des Gesamtkonzeptes darstellt. Auch hier sollte man, wie bei den ALT-Verbindungen, nach zwei Jahren eine Beurteilung vornehmen.

Herr Strohbach weist darauf hin, dass -sofern die beiden aktuell betriebenen E-Busse nicht mehr in das neue Stadtbuskonzept integriert werden können, da die Linien so anspruchsvoll sind- es im Rahmen des Klimaschutzes ein komisches Signal ist, ein neues Stadtbuskonzept zu erstellen, bei welchem keine E-Busse mehr eingesetzt werden können. Mithin würde **Herr Strohbach** lieber den Ersatzbus aufgeben und zur weiteren Nutzbarkeit der E-Busse zwei weitere hiervon anschaffen. Insgesamt müsste laut **Herrn Strohbach** der Fahrpreis attraktiver gestaltet und eine Durchlässigkeit nach Braunschweig geschaffen werden.

Stadtbaurat Lukanic erklärt, dass der Ersatzbus fachlich und aus Perspektive der Verwaltung immanent wichtig ist, da -insbesondere zur Anfangszeit- die Verlässlichkeit für die Bürgerinnen und Bürger gegeben sein muss.

Herr Röpke wird dem Stadtbuskonzept zustimmen, allerdings mit den Zusätzen, dass die ALT-Verbindungen der Punkte 8, 9 und 11 umgesetzt werden, da dies die Bedürfnisse der Ortsteile angemessen berücksichtigt. Den Ersatzbus will **Herr Röpke** erst einmal beibehalten.

Erster Stadtrat Foraita weist darauf hin, dass für die ALT-Verbindungen die KVG Rahmenverträge mit Taxiunternehmen abschließen muss. Je mehr theoretische ALT-Anforderungsprofile politisch formuliert werden, desto höher muss der angestrebte Absicherungsgrad der KVG gegenüber den potentiellen Vertragspartnern sein. Mithin würde laut **Erstem Stadtrat Foraita** das Risiko des Marktversagens oder das Kostenrisiko steigen, weshalb die Verwaltung nicht alle ALT-Verbindungen in ihrer Verwaltungsvorlage empfohlen hat.

Herr Brix gibt zu Protokoll, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin nichts von dem Ersatzbus hält aber dennoch den Antrag zurückzieht.

Vorsitzender Kiehne stellt für die SPD-Fraktion den Antrag, die AST-Verbindungen durch ALT-Verbindungen zu ersetzen.

Erster Stadtrat Foraita und **Stadtbaurat Lukanic** geben zu bedenken, dass ca. 100 Haltestellen AST-Verbindungen sind.

Herr Kanter empfiehlt den Antrag zu überdenken, da gerade nachts Frauen und Jugendliche froh sind, bis nach Hause gebracht zu werden.

Für **Herrn Röpke** handelt es sich hier um eine Frage der Perspektive. Er sieht in den AST-Verbindungen ein zusätzliches Angebot.

Herr Helwig unterstützt die Ausführungen seines Vorredners.

Herr Brix weist darauf hin, dass ALT-Verbindungen zu den Bedienungszeiten und AST-Verbindungen außerhalb der Bedienungszeiten und nicht parallel vorgehalten werden.

Herr Jürgens nimmt Bezug auf Punkt 13. der Einservorlage und erklärt, dass die Verwaltung prüfen wird, ob die Schwachverkehrsbedienung auf den Hauptlinien 791neu und 792neu am Sonntagabend eventuell mit Busverkehr von 19:00 auf 23:00 Uhr ausgedehnt werden kann.

Vorsitzender Kiehne zieht für die SPD-Fraktion den Antrag zurück.

Herr Meyer stellt noch einmal die Intention des Antrages der AfD-Fraktion dar, dass dort, wo Linien gekappt wurden, ALT-Verkehr verbilligt für bestimmte Bevölkerungskreise/für bestimmte Personen, hier insbesondere Menschen älter als 60 Jahre, Behinderte und Kinder unter zehn Jahre mit einer Begleitperson zur Verfügung gestellt werden soll.

Vorsitzender Kiehne ruft die einzelnen Punkte der Einservorlage auf und bittet um Beschlussempfehlung bzw. Abstimmung über die jeweiligen Anträge.

Herr Jürgens berichtet zu dem dritten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Punkt 5., dass er an der entsprechenden Sitzung des Ortsrates teilgenommen hat und er 90 Minuten sehr leidenschaftlich mit Ortsbürgermeister, Ortsratsmitgliedern und ca. 30 Anwesenden zu diesem Thema diskutiert hat. Die fachliche Meinung, dass es nicht umgesetzt werden sollte besteht bei **Herrn Jürgens** weiterhin, aber das Votum des Ortsrates Linden und der Bevölkerung war so eindeutig, dass die Verwaltung sich dem Wunsch des Ortsrates angeschlossen hat. Mithin handelt es sich um eine politische Entscheidung. Weitere Prüfmöglichkeiten hat die Verwaltung nicht.

Herr Brix zieht den dritten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Punkt 5. zurück.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt die Punkte 1. bis 7. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt die Punkte 1. bis 7. einstimmig ohne Enthaltungen.

Herr Meyer stellt fest, dass teilweise der Antrag der FDP-Fraktion für die Punkte 8. und 9. den Antrag seiner Fraktion mit einbezieht, weshalb seine Fraktion hier zustimmen würde.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt die Änderungsanträge der FDP-Fraktion zu den Punkten 8. und 9. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt die Änderungsanträge der FDP-Fraktion zu den Punkten 8. und 9. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt den Punkt 10 einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt den Punkt 10 einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu dem Punkt 11. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu dem Punkt 11. einstimmig ohne Enthaltungen.

Herr Ohms gibt zu bedenken, dass die Zeit möglicherweise nicht ausreichend ist und schlägt einen Prüfauftrag an die Verwaltung vor.

Erster Stadtrat Foraita empfiehlt, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahingehend zu modifizieren, dass Punkt 12. um die Formulierung „Eine Linienführung über die Straße „Am Pflingstanger“ wird bevorzugt“ ergänzt wird.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt den modifizierten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Punkt 12. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt den modifizierten Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu dem Punkt 12. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt die Punkte 13. und 14. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt die Punkte 13. und 14. einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt den dritten Änderungsantrag der FDP-Fraktion einstimmig bei einer Enthaltung.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt den dritten Änderungsantrag der FDP-Fraktion einstimmig bei einer Enthaltung.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen beschließt die Evaluierungszeit von drei auf zwei Jahre zu verkürzen einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Ausschuss für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt beschließt die Evaluierungszeit von drei auf zwei Jahre zu verkürzen einstimmig ohne Enthaltungen.

Vorsitzender Kiehne bedankt sich für die rege Teilnahme der Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Die Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt wird nach einer fünfminütigen Pause ihre Fortsetzung finden.

Punkt 8) Genehmigung der Niederschrift über die 41. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 28.01.2020

Vorsitzender Kiehne bittet um Wortmeldung, sofern Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufes oder des Inhaltes der Beschlüsse vorzubringen sind.

Herr Brix berichtet, dass es im Ratsinformationssystem Probleme beim Herunterladen der Sitzungsunterlagen als Paket hinsichtlich der Anlage „Gewässerkarte“ gibt.

Herr Meyer bemängelt hinsichtlich der Protokollantwort zu seiner Anfrage zu den Elektroladestationen im Innenstadtbereich die Formulierung „Für 2019 wurden ca. 4.800 Ladevorgänge erwartet, über die ca. 60.000 kWh/a abgesetzt werden.“ da er auf eine Anfrage im Jahr 2020 eine Antwort mit Ergebnissen und nicht mit Prognosen erwartet hätte.

Herr Ahl weist darauf hin, dass die ursprüngliche Anfrage in der Dezembersitzung dieses Gremiums gestellt wurde. Mithin erfolgte von der Verwaltung -auf Grundlage von Informationen der Stadtwerke Wolfenbüttel- eine Beantwortung mit den für das Jahr 2019 prognostizierten Zahlen, da zum Zeitpunkt der Anfrage noch keine Auswertung für das Jahr 2019 erfolgt sein konnte.

Herr Meyer merkt an, dass er zu dem von Herr Brix für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Tagesordnungspunkt 12) der vergangenen Sitzung gestellten Antrag zum Ortsteil Fümmele, auf Einplanung von Mitteln für die Erschließung des Weges von der Straße „Im Kleinen Feld“ entlang des alten Baches bis zur Straße „Am Rehmanger“ im Investitionsprogramm, da es sich bei diesem Weg um eine wichtige Anbindung des Radverkehrs an die Kernstadt handelt, die Ausführung gemacht hat, dass sinngemäß eine gewisse Verfrorenheit dazu gehört, einen Antrag -welchen er ein Jahr zuvor gestellt hatte- abzulehnen, um jetzt darauffolgend ein Jahr später als eigenen Antrag einzubringen. Diese Aussage findet sich nicht in der Niederschrift wieder.

Vorsitzender Kiehne erklärt, dass in diesem Gremium noch nie ein Wortprotokoll geführt wurde.

Herr Ahl nimmt Bezug auf die Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses, der Ratsausschüsse, der aufgrund besonderer Rechtsvorschriften gebildeten Ausschüsse und der Ortsräte der Stadt Wolfenbüttel, wonach ein Wortprotokoll sogar explizit ausgeschlossen ist und sich Einwendungen gegen das Protokoll nur gegen die Richtigkeit der Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs und den Inhalt der Beschlüsse richten dürfen.

Laut **Herrn Meyer** ist diese Aussage für ihn neu und er erwartet Allgemeingültigkeit hierzu.

Bürgermeister Pink weist darauf hin, dass dieses Verfahren nicht nur übliche Praxis, sondern gemäß der vorgenannten Geschäftsordnung, welche an alle Ratsmitglieder verteilt wurde, auch vorgeschrieben ist. Anschließend zitiert **Bürgermeister Pink** § 21 (2) der Geschäftsordnung und stellt ergänzend fest, dass jedes Ratsmitglied zwar verlangen kann, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat, allerdings nicht, wie es an welcher Stelle zitiert werden möchte.

Ohne weitere Wortmeldungen wird die Niederschrift über die 41. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt am 28.01.2020 bei einer Enthaltung einstimmig genehmigt.

**Punkt 9) Information zur geplanten Baumfällung
Vorlage: 0027/2020**

Herr Brix kritisiert, dass in der letzten Liste 25 Pappeln in Wendessen aufgeführt waren, der Zeitung aber zu entnehmen war, dass die Fällung von 100 Pappeln geplant ist. Er betrachtet dies als Zumutung für die Ratsmitglieder.

Herr Steffens erklärt, dass von den insgesamt vorhandenen 160 Pappeln über die nächsten drei bis fünf Jahre ca. 100 Pappeln betroffen sein könnten. Die Auflistung der Verwaltung für die Mandatsträger bildet die jeweils aktuell anstehenden Baumfällungen ab und ist keine Prognose für die nächsten Jahre.

Stadtbaurat Lukanic ergänzt, dass die Liste kein Planungsinstrument darstellt.

Vorsitzender Kiehne empfiehlt, dann auch keine Prognosen gegenüber der Presse abzugeben, um Irritationen zu vermeiden.

Bürgermeister Pink unterstützt diese Sichtweise und sagt eine entsprechende Handhabung für die Zukunft zu.

Der Ausschuss nimmt die geplanten Baumfällungen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 10) Resolution der Asse-2-Begleitgruppe zur Beschleunigung der Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II
Vorlage: 0007/2020

Herr Dr. Wolfrum ist der Meinung, dass der in der Verwaltungsvorlage beschriebene drohende Wassereintritt bereits vorhanden und seit 1978 möglicherweise lediglich leicht angestiegen ist und mit Hilfe von ein bis zwei Pumpen abgepumpt werden kann. **Herr Dr. Wolfrum** bemängelt die Formulierung, dass der jetzige Betreiber kein Gesamtkonzept für die Rückholung vorlegen kann. Laut **Herrn Dr. Wolfrum** gibt es keine Betreiberkonzeption, weshalb keine vorgelegt werden kann. Die Nichtbeschaffung einer Kamera bezeichnet **Herr Dr. Wolfrum** als aberwitzige Geschichte, um von dem Hauptproblem abzulenken. **Herr Dr. Wolfrum** fragt an, wer bei der Formulierung, dass die politischen Entscheidungsgremien sensibilisiert werden sollen, gemeint ist und wie diese Sensibilisierung erfolgen soll. Ergänzend möchte **Herr Dr. Wolfrum** wissen, welche Fachstellen es gibt, deren Handlungsfähigkeit verbessert werden soll. Nach Darstellung von **Herrn Dr. Wolfrum** werden die gleichen Abfälle in Frankreich oberirdisch gelagert. Er bemängelt insgesamt die Umwandlung der Asse in Atomrecht, da hierdurch der Optionenvergleich gestartet wurde. Laut **Herrn Dr. Wolfrum** hat der Deutsche Bundestag 2013 die Rückholung als sichere Option beschlossen, weshalb hierfür jährlich 300.000.000,- Euro aufgewendet werden müssen. Insgesamt sieht **Herr Dr. Wolfrum** viele Probleme und hohe Kosten bei dieser Vorgehensweise, weshalb die AfD-Fraktion der Vorlage nicht zustimmen wird.

Herr Brix teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, dass diese der Vorlage zustimmen wird, weil sie genau die richtigen Inhalte berücksichtigt, da die Stadt Wolfenbüttel nicht entscheidungsbefugt in dieser Angelegenheit ist, aber für einen Großteil der Bevölkerung - welcher in unmittelbarer Nähe zur Asse wohnt- verantwortlich ist. Physikalisch kann man eventuell auch anderer Meinung sein, allerdings ist der heutige Stand so, wie er sich jetzt darstellt. Insgesamt wird laut **Herrn Brix** in der Vorlage lediglich ausgesagt, dass der sehr langwierige Prozess beschleunigt werden soll.

Herr Balder ist der Meinung, dass man in der Begründung sicherlich etwas finden kann, was einem nicht gefällt. Allerdings wird diese nicht mitbeschlossen. Persönlich hat **Herr Balder** Zweifel daran, dass die Rückholung überhaupt klappt, so wie bisher daran gearbeitet wurde. Die Beschlussempfehlung formuliert lediglich das Mindestmaß an Erwartungen, was man zu diesem Thema haben sollte, weshalb sie laut **Herrn Balder** unterstützenswert ist.

Herr Müller würde der Verwaltungsvorlage ebenfalls seine Zustimmung erteilen. Asse 1 und 3 sind seiner Aussage nach bereits abgesoffen. Nach Einschätzung von **Herrn Müller** arbeitet das BGE sehr intensiv an einer Konditionierungsanlage. Insgesamt muss das Eingreifen in den Berg aber sicher sein.

Vorsitzender Kiehne weist darauf hin, dass es im Wesentlichen darum geht das unsägliche Hin- und Hergeschiebe zu beenden. Die Begleitgruppe möchte, dass endlich tatsächlich etwas passiert. Das Atomrecht besteht laut **Vorsitzendem Kiehne** seit dem damaligen Beschluss des Deutschen Bundestages.

Herr Dr. Wolfrum prognostiziert, dass eventuelle Probleme durch die Asse in Zukunft nicht die jetzige Bevölkerung in unmittelbarer Nähe tangieren wird, sondern vielleicht in 10.000 Jahren an anderer Stelle.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag bei acht Jastimmen und einer Neinstimme mehrheitlich zu:

Der Rat der Stadt Wolfenbüttel fordert die beteiligten Behörden auf, die Rückholung des Atom-
mülls aus der Schachanlage Asse II durch geeignete Maßnahmen deutlich zu beschleunigen.
Insbesondere ist zeitnah eine qualifizierte, mit einem Zeitrahmen versehene Rückholungspla-
nung vorzulegen und sind förmliche Genehmigungsverfahren besser zu koordinieren und effek-
tiver durchzuführen.

**Punkt 11) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel - F6 "SO Neindorfer Straße"
6. Änderung des Flächennutzungsplanes FNP 2020
hier: Feststellungsbeschluss
Vorlage: 0248/2019**

Ohne Wortmeldungen stimmt der Ausschuss dem Beschlussvorschlag ohne Enthaltungen einstimmig zu:

1. Den in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügten Beschlussempfehlungen der Verwaltung zur Abwägung über die während der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf der Flächennutzungsplanänderung F6 „SO Neindorfer Straße“ wird zugestimmt.
2. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung F6 „SO Neindorfer Straße“ wird als Plan gemäß § 58 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen (Feststellungsbeschluss).
3. Die Begründung mit Umweltbericht zur Flächennutzungsplanänderung F6 „SO Neindorfer Straße“ wird beschlossen.

**Punkt 12) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel
BP LE3.1 "SO Neindorfer Straße"
1. Änderung des Bebauungsplanes
LE3 "Neindorfer Straße - Böttcherweg"
hier: Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 0021/2020**

Herr Brix nimmt Bezug auf die Fragestellungen der Einwohnerfragestunde und möchte von der Verwaltung wissen, welche Möglichkeiten die Mandatsträger haben, hierauf einzuwirken. Hinsichtlich des Lärmschutzes kann sich **Herr Brix** einen optimaleren Standort für die Kälteanlage vorstellen.

Herr Jürgens erläutert, dass noch kein Standort für die Kälteanlage festgesetzt wurde, sondern lediglich für die ausgewiesene Stelle feststeht, dass die TA Lärm eingehalten wird. An anderer Stelle müsste dies ein neues Gutachten feststellen. Eine Einhausung wäre laut **Herrn Jürgens** möglich, würde aber über die technischen Regelwerke hinausgehen, wovon an anderen Stellen in der Stadt Wolfenbüttel abgesehen wird.

Vorsitzender Kiehne fragt nach den technischen Möglichkeiten einer Schalldämmung und ob diese im Bebauungsplan festgesetzt werden könnte.

Herr Jürgens bezeichnet diese Vorgehensweise als möglich aber unüblich.

Herr Dr. Wolfrum berichtet von eigenen Erfahrungen mit einer solchen Kälteanlage und stellt dar, dass der Lärm eine erhebliche Belastung für Nachbarn darstellen kann, weshalb er ebenfalls eine verbesserte Umsetzung empfehlen würde, um Unfrieden in der Umgebung des Marktes zu vermeiden.

Stadtbaurat Lukanic erklärt, dass die Verwaltung dies nicht empfehlen kann, da hierdurch Standards für andere Fälle geschaffen werden. Zusätzlich sind die Lärmwerte im vorliegenden Fall sehr gering.

Herr Brix empfiehlt, zusätzlich zur Kälteanlage eine Veränderung der LKW-Anlieferung zu überdenken.

Herr Jürgens weist darauf hin, dass eine Anlieferung vor 06:00 Uhr ausgeschlossen ist.

Herrn Kleber interessiert, wie man den Lichtimmissionen entgegensteuern kann.

Herr Jürgens berichtet, dass gestern im Ortsrat Linden die Forderung gestellt wurde, dass der Investor sich verpflichtet, hinter der Hecke einen blickdichten Zaun zu errichten. Sofern dies von diesem Gremium so mitgetragen wird, erfolgt eine entsprechende Festsetzung im Städtebaulichen Vertrag. **Herr Jürgens** sagt bis zu der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.03.2020 hierfür und für die Kälteanlage eine rechtssichere Formulierung zu.

Herr Neumann weist darauf hin, dass auf Grund fehlender Wegeverbindungen Trampelpfade entstehen werden und empfiehlt dies in den Planungen zu berücksichtigen. Des Weiteren fehlt laut **Herrn Neumann** eine sinnvolle Regelung des Rad- und Fußverkehrs in den Seitenanlagen bzw. die entsprechenden Wege, weshalb der Radverkehr auf der Fahrbahn stattfinden muss. Eine Überlegung wäre eine Anbindung über den „Böttcherweg“.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Änderungen hinsichtlich der Reduzierung der Lärmwerte der Kälteanlage und der Reduzierung der Lichtimmissionen ohne Enthaltungen einstimmig zu.

**Punkt 13) Bauleitplanung der Stadt Wolfenbüttel
Vorhabenbezogener Bebauungsplan SD 9.2 "Samsonschule", 2. Änderung des Bebauungsplanes SD9 "Klinikum - Neuer Weg"
hier: Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 0012/2020**

Herr Brix teilt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit, dass diese die Aufstellung des Bebauungsplanes begrüßt, gibt aber zu bedenken, dass die Einfahrtsituation zum „Neuen Weg“ für den Radverkehr jetzt schon schwierig ist, da der Radweg sehr schmal ist. Für den Radverkehr nach Braunschweig sieht **Herr Brix** daher den „Alten Weg“ als Alternative und bittet, dies im Blick zu behalten.

Der Ausschuss stimmt dem Beschlussvorschlag ohne Enthaltungen einstimmig zu:

Für den Bereich der Samsonschule sowie das westlich angrenzende Flurstück und eine Teilfläche der Straße „Neuer Weg“, wie in dem der Vorlage beigefügten Lageplan dargestellt, wird gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) der Beschluss zur Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans gefasst.

Der Vorhabenbezogene Bebauungsplan erhält die Bezeichnung SD 9.2 "Samsonschule". Er stellt zugleich die 2. Änderung des Bebauungsplans SD9 „Klinikum – Neuer Weg“ dar.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorgetragen werden, schließt **Vorsitzender Kiehne** den öffentlichen Teil der 42. Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtentwicklung und Umwelt um 19:35 Uhr.

Uwe Kiehne
Vorsitzender

Ivica Lukanic
Stadtbaurat

Matthias Ahl
Protokollführer